

REDELEITFADEN für **Herrn Staatssekretär Lindemann**
anlässlich des Neujahrsempfangs
des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde
am 2. Februar 2007 in Bonn

Thema:

Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Sehr geehrter Herr Dr. **Spettmann**,
sehr geehrter Herr **Schulz**,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Jahr ist zwar noch jung, aber mit der gerade zu Ende
gegangenen Süßwarenmesse in Köln liegt bereits ein wichtiger
„Gradmesser“ der Branche für die kommenden 11 Monate hinter uns.
Ich hoffe, dass die Messe für Sie ein guter Start war!

Doch Sie werden zurecht auf mehr hoffen als auf einen guten Start.
Die Stimmung in unserem Land ist so optimistisch wie schon lange
nicht mehr. Der Januar-Geschäftsklimaindex war auf einem 7-
Jahreshoch. Die Bundesregierung und alle namhaften
Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich die
erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in 2007 fortsetzen wird. Davon
wird gewiss auch die Lebensmittelwirtschaft profitieren. So sind
zumindest die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Zieleinlauf
gegeben.

Am 1. Januar hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in Brüssel übernommen. Wir betrachten dies als Chance, dem wirtschaftlichen Aufschwung einen zusätzlichen Impuls zu verleihen. Ein zentrales Ziel von Bundesminister Seehofer ist es, die Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft zu stärken und die Rahmenbedingungen für weiteres Wirtschaftswachstum zu verbessern.

Bundesminister Seehofer hat sein Präsidentschaftsprogramm unter das **Motto** gestellt:

„Sicherung der Lebensgrundlagen in einem zukunftsfesten Europa – für regionale Vielfalt, Qualität und Innovation“

Das bedeutet, wir wollen mehr unternehmerische Freiräume schaffen für Innovation und Fortschritt. Eine ganz wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich Unternehmer auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Damit dies funktioniert, wollen wir sie, so gut es geht, von Bürokratiekosten und Verwaltungsaufgaben entlasten.

Auf nationaler Ebene haben wir bereits im letzten Jahr mit einem konsequenten Bürokratieabbau begonnen. Berichtspflichten wurden reduziert, 12 Bundesgesetze und 53 Rechtsverordnungen abgeschafft.

- | -

Analog zu unseren nationalen Aktivitäten wollen wir nun auch auf europäischer Ebene die **Verwaltungsvereinfachung** vorantreiben.

Wir wollen überflüssige Vorschriften streichen, Regeln vereinfachen und transparenter gestalten. Dabei erfahren wir große Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten, aber auch seitens der Kommission. Gerade letzte Woche (24. Januar) stellte Kommissar Verheugen sein Aktionsprogramm zum Abbau unnötiger Verwaltungslasten vor, wonach vor allem Informationspflichten u. a. auch in der Landwirtschaft wegfallen sollen. Das gesamte Paket sollen Entlastungen in Höhe von 150 Mrd. € bringen!

Die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere eine praxisgerechtere Ausgestaltung der Cross Compliance Regelung wird daher ein ganz besonderer Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft werden. Wir haben uns beispielsweise vorgenommen, Kontrollen möglichst effizient und gleichzeitig praktikabel zu gestalten.

Ein weiteres prioritäres Vereinfachungsvorhaben im Agrarbereich ist die Zusammenlegung der noch existierenden 21 Marktorganisationen zu einer **einzigen Marktorganisation**. Dieses Vorhaben wird uns bis zum Ende der Präsidentschaft beschäftigen. Über 1000 Seiten Rechtstext sollen auf rund 200 reduziert werden. Da bleiben naturgemäß Widerstände nicht aus, weshalb wir uns auch auf schwierige Verhandlungen eingestellt haben.

Vereinfachen wollen wir darüber hinaus die Milchmarktorganisation, das Saatgutrecht und die Gemeinsame Fischereipolitik. Die Maisintervention, die ohne eine Gegensteuer die EU bis 2014 insgesamt bis zu 600 Mio. € kosten könnte, soll ganz gestrichen werden. Außerdem wollen wir weiter an der Umsetzung des Aktionsplan

zur Vereinfachung der GAP arbeiten. Dies wird ein über unsere
Präsidentschaft hinausgehendes Projekt sein und uns bis zum so
genannten *Health Check 2008* beschäftigen.

- II -

Ein weiteres Thema, das wir unter deutscher Ratspräsidentschaft
voranbringen möchten, ist die **Förderung unserer ländlichen
Gebiete**. Denn in den ländlichen Räumen schlägt das Herz Europas.

Über die Hälfte der Menschen in der Europäischen Union lebt in
ländlichen Regionen. Ländliche Gebiete sind die Garanten unserer
Lebensgrundlagen. Dies betrifft unsere Lebensmittel ebenso wie
unsere natürlichen Ressourcen.

Es muss daher unsere Aufgabe sein, das Potenzial dieser Menschen
und der Region, in der sie leben und arbeiten, noch stärker
auszuschöpfen. Attraktive ländliche Räume in Europa bilden den
unverzichtbaren Gegenpol zu den Ballungsgebieten der Großstädte.

Ein in meinen Augen unverzichtbares Instrument zur Entwicklung
ländlicher Räume ist dabei die **zweite Säule der Gemeinsamen
Agrarpolitik**. Sie soll zum einen die Reformen der Gemeinsamen
Agrarpolitik flankieren, zum anderen aber auch Wachstum und
Beschäftigung in ländlichen Gebieten stärker voranbringen. Somit
trägt die zweite Säule entscheidend zur Umsetzung der
überarbeiteten Lissabon-Strategie bei.

Daneben ist sie aber auch unverzichtbar zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele von Göteborg. Eine starke Wirtschaftsleistung mit einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu verbinden, bleibt aktuell und in Zukunft eine vorrangige Aufgabe.

Die Zukunft unserer ländlichen Regionen wird auch Thema des **informellen Agrarministertreffens** im Mai sein, zu dem Bundesminister Seehofer die EU-Agrarminister nach Mainz und in den Rheingau eingeladen hat.

- III -

Ländliche Räume haben ein hohes wirtschaftliches Potenzial. Investitionen in neue Technologien oder eine innovative Nutzung traditioneller Agrarerzeugnisse beispielsweise werden künftig ganz neue Einkommensquellen für die Bäuerinnen und Bauern erschließen.

Ich denke dabei an die großen Möglichkeiten, die uns die **nachwachsenden Rohstoffe** bieten. In den letzten Jahren hat sich die europäische Land- und Forstwirtschaft mit Blick auf den Anbau und die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen eine hervorragende Startposition verschafft. Jetzt müssen wir diesen eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

Nachwachsende Rohstoffe können beispielsweise gute Lösungen für eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts liefern – ich meine eine nachhaltige und umweltverträgliche Energiepolitik.

Deutschland möchte daher während seiner Ratspräsidentschaft das Potenzial nachwachsender Rohstoffe weiter ausbauen, um einen aktiven Beitrag zum europäischen Aktionsplan Energiepolitik zu leisten.

Die künftige Energiepolitik wird auch das Hauptthema der EU-Regierungschefs auf ihrem Frühjahrsgipfel im März in Brüssel sein. Ziel ist es, einerseits einen Beitrag zum Klimaproblem zu leisten, andererseits die Abhängigkeit Europas in der Energiefrage zu verringern. Die Entwicklungen der letzten Zeit haben deutlich gemacht, wie wichtig dies ist.

Die EU-Agrarminister werden sich im März auf einer **internationalen Konferenz in Nürnberg** intensiv mit der Energiefrage beschäftigen. Unter dem Titel „*Nachwachsende Rohstoffe - Neue Chancen für ländliche Räume in Europa*“ sollen aktuelle Fragen zu Biokraftstoffen, Wärme und Strom, nachhaltiger Biomasseerzeugung sowie industrieller Verwendung nachwachsender Rohstoffe diskutiert werden.

- IV -

Ich sagte schon eingangs: Ein wesentliches Ziel der deutschen Präsidentschaft wird es sein, die **Wettbewerbsfähigkeit** der europäischen Landwirtschaft und der Regionen zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang haben wir uns vorgenommen, den eingeleiteten Entwicklungs- und Reformprozess voranzutreiben.

Dabei stehen die **Reform der Marktorganisationen für Obst und Gemüse**, der Einstieg in die **Weinmarktreform**, die **Spirituosenreform** ebenso auf unserer Agenda wie die Neuregelungen im **Ökolandbau**.

Zahlreiche weitere Vorhaben werden uns beschäftigen in den Bereichen **Pflanzenschutz, Tierschutz** und **Fischerei**.

- VI -

Meine Damen und Herren,
eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft und zukunftsfähige ländliche Räume gehören zu den Lebensgrundlagen der Gesellschaft. Und sie sind wirtschaftliche Grundlage der gesamten Ernährungswirtschaft. In den Bereichen **Lebensmittel und Ernährung** stehen ebenfalls einige wichtige Vorhaben an, die es voranzubringen gilt.

Unsere Arbeit auf EU-Ebene wird sich in den kommenden Monaten vor allem konzentrieren auf

- die vier Verordnungen zu Lebensmittelzusatzstoffen, Lebensmittelenzymen, Aromen und zum einheitlichen Zulassungsverfahren für die genannten Stoffe,
- den Auftakt der Beratungen der novellierten Verordnung über **neuartige Lebensmittel und neuartige Lebensmittelzutaten** sowie
- einen ersten Meinungsaustausch zum **Weißbuch „Ernährung“**.

Insbesondere bei den **Lebensmittelzusatzstoffen** ist das vorgeschlagene vereinfachte und schnellere Zulassungsverfahren ein wichtiger Schritt hin zu innovationsfreundlichen Regelungen. Die Zulassung neuer Stoffe sowie die Änderung von Verwendungsbedingungen sollen dann nicht mehr nach dem sehr aufwendigen Mitentscheidungsverfahren erfolgen, sondern im Komitologieverfahren, was erhebliche Vorteile für die Lebensmittelwirtschaft hat. Wie ich weiß, haben Sie sich bereits zustimmend dazu geäußert.

Wir sollten uns die Chance nicht nehmen lassen, erstmals den Bereich der Enzyme zu harmonisieren und zusammen mit den Aromen und Zusatzstoffen zu einer klaren, kohärenten, transparenten und einfachen Rechtsregelung zu gelangen.

Zudem ist bei Aromen und Zusatzstoffen eine Anpassung der Vorschriften an den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft und Technologie notwendig.

Daher beraten wir die Verordnungsvorschläge sehr intensiv unter deutscher Präsidentschaft. Bundesminister Seehofer möchte nach Möglichkeit im Verbraucherrat im Mai 2007 eine politische Einigung erzielen.

Auch erwarten wir, dass unter deutscher Präsidentschaft die ersten Beratungen zur Revision der Vorschriften über neuartige Lebensmittel und neuartige Lebensmittelzutaten begonnen werden können. Die einschlägigen Bestimmungen aus dem Jahr 1997 sind reif für eine Novellierung. Darüber sind wir uns im Prinzip einig. So sollte auch hier

z. B. das Zulassungsverfahren gestrafft und effektiver gestaltet werden.

Zudem sind die europäische Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel, auch als „Health Claims-Verordnung“ in aller Munde, sowie die Verordnung zum Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln am 19. Januar 2007 in Kraft getreten. Nach langen Verhandlungen in Brüssel hoffen wir nun, dass die Regelungen in diesen Bereichen einen Beitrag zum fairen Wettbewerb in Europa und für mehr Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer leisten.

Sowohl für die Unternehmen als auch die Verbraucher ist es wichtig, die beiden neuen Verordnungen effizient und zugleich praxisgerecht auszugestalten. Für die Bereitschaft des BLL, bei der Erstellung der deutschen Positivliste für bestimmte gesundheitsbezogene Angaben mitzuarbeiten, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Zurzeit werden die Regelungen der beiden Verordnungen an den neuen Komitologiebeschluss angepasst, was allerdings keine materiellen Änderungen zu Folge haben wird. Hier geht es vor allem um eine Verfahrensfrage, d.h. wie das Parlament bei künftigen Rechtsänderungen zu beteiligen ist. In einigen Fragen besteht noch Klärungs- und Abstimmungsbedarf.

Mit gutem Willen aller Beteiligten müsste es möglich sein, hier zu einer Einigung zu kommen. Das ist jedenfalls ein Ziel unserer Ratspräsidentschaft.

In Ihrem Memorandum zur deutschen Ratspräsidentschaft sprechen Sie auch das englische Ampelsystem an, das über die Gehalte der wichtigsten Nährstoffe durch die Farben grün, rot, und gelb informiert. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, dass es nicht beabsichtigt ist, solche Systeme in Deutschland durch Rechtsvorschriften vorzuschreiben oder auf EU-Ebene voranzutreiben. Ganz im Gegenteil, es sind die Lebensmittelhersteller und Handelsunternehmen in Europa selbst, die mehr und mehr solche Systeme verwenden. Wir haben uns daher entschlossen, zunächst einen fachlichen Diskurs zu diesem Thema mit allen beteiligten Gruppen zu führen.

- VII -

Meine Damen und Herren,
wenn wir uns über Lebensmitteln sprechen, machen wir uns zwangsläufig auch Gedanken über unsere Ernährung.

Gesunde Ernährung ist eine Frage des Bewusstseins und der Erziehung. Die Weichenstellungen fallen früh: zu Hause am Esstisch, in Kindergärten und Schulen.

Gewohnheiten zu ändern fällt jedem, mich eingeschlossen, schwer. Hier bedarf es besonderer Anstrengungen. Dem wachsenden Problem von Übergewicht gerade bei Kindern und Jugendlichen, muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es geht um die künftigen Generationen!

Hier präventiv gegen zu steuern ist das Gebot der Stunde. Die Förderung eines bewussten Lebensstils mit einem entsprechenden Essverhalten muss bereits in der Familie und im Kindergarten ansetzen. Dabei gehören gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung zusammen.

Das folgt der Einsicht Aristoteles: „Das Leben besteht in Bewegung“. Alte Weisheiten sind manchmal ganz modern.

Wesentlich für die Diskussion des Problemkomplexes „Prävention durch ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung“ auf EU-Ebene war das **Grünbuch der Kommission „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung“**. Mit diesem Grünbuch hat die EU-Kommission einen wichtigen Schritt unternommen, um die Prävention von Übergewicht als europäische Herausforderung anzugehen. Wir sind gespannt auf den Entwurf des **Weißbuches**, den die Kommission voraussichtlich im März oder April vorlegen wird.

Der im Grünbuch geforderte integrierte, ganzheitliche und nachhaltige Ansatz zur Verhinderung von Übergewicht und dessen Folgen sollte meines Erachtens im Vordergrund aller Aktivitäten stehen – sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch in den Mitgliedstaaten.

Dies beinhaltet eine **intensive Zusammenarbeit** verschiedener Politikbereiche und gesellschaftlicher Gruppen.

Mit Gründung der **Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (peb)** sind wir in Deutschland diesem Ziel bereits ein gutes Stück näher gekommen.

Die Kommission schlägt eine stärkere **Verknüpfung** der nationalen Plattform-Initiativen auf EU-Ebene sowie eine **Vernetzung** mit den bereits auf EU-Ebene existierenden Aktivitäten vor. Dies erscheint durchaus sinnvoll, da gerade angesichts der vielfältigen Ursachen von Übergewicht eine effektive Prävention an möglichst vielen Stellen und auf möglichst allen politischen wie auch gesellschaftlichen Ebenen ansetzen sollte. Nicht zuletzt deshalb umfasst auch die EU-Plattform ein breites wirtschaftliches und gesellschaftliches Spektrum.

Auch wenn die deutsche und die europäische Plattform nicht identisch sind, was ihre Zusammensetzung und ihre Herangehensweise betrifft, so verfolgen sie doch dasselbe Ziel.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich zwischen der deutschen Plattform und der EU-Plattform eine konstruktive Zusammenarbeit entwickelt. Die Erfahrungen der deutschen pnb können hier für andere nationale Plattformen nützlich sein.

Im Übrigen begrüße ich, dass EU-Kommissar Kyprianou im vergangenen November Unternehmen genannt und gelobt hat, die sich mit freiwilligen Verpflichtungen und Aktivitäten engagieren, um der Entstehung von Übergewicht vorzubeugen. Es würde mich freuen, wenn weitere Unternehmen diesen Beispielen folgten!

- VIII -

Es geht hierbei vor allem um **Einschränkungen der an Kinder gerichteten Werbung** insbesondere für solche Lebensmittel, die im

Rahmen einer ausgewogenen Ernährung einen feinen aber kleinen Platz einnehmen sollten. Und es geht auch um Beschränkungen der Aufstellung von Automaten mit diesen Lebensmitteln in Schulen.

Ich weiß, dass viele von Ihnen in diesem Punkt sehr sensibel sind. Auch die Bundesregierung hält nichts von rechtlichen Regelungen in derartigen Fragen.

Kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang auch Werbeeinschränkungen für Lebensmittel, wie sie im Rahmen der Richtlinie „Audiovisuelle Medien“ von der Kommission vorgeschlagen wurden. Das Europäische Parlament empfiehlt ergänzend hierzu die Entwicklung eines Verhaltenskodex für Kinderprogramme.

Die **deutsche Präsidentschaft** möchte in der Ratssitzung am **24. Mai 2007** einen „**Gemeinsamen Standpunkt**“ verabschieden. Die Beschlusslage von Bund und Ländern ist klar und lautet „Keine weiteren EU-Vorgaben“! Hier werden wir als Präsidentschaft sehr sorgfältig die europäische Kompromisslinie ausloten müssen.

Ebenso lehnen wir fiskalpolitische Maßnahmen ab, wie sie in der **WHO-Charta zur Bekämpfung von Übergewicht und Adipositas** gefordert werden. Wir sehen aber auch, dass andere Länder hier andere Positionen vertreten und solche Interventionen z. T. schon eingeführt haben oder deren Einführung planen.

Angesichts dieser Tendenzen wird aber auch eines deutlich: Die Wirtschaft sollte schon aus reinem Eigeninteresse klare Signale senden, dass sie die Ziele, auf die wir uns gemeinsam mit dem Beitritt

zu peb verpflichtet haben, ernsthaft verfolgt und ihren Beitrag zur Förderung eines gesunden Lebensstils leistet.

- IX -

Die **Prävention von Übergewicht** und die **Förderung eines gesunden Lebensstils** ist für alle Mitgliedstaaten und für die EU eine zentrale Zukunftsfrage.

Ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung sind wichtige Instrumente der Gesundheitsförderung. Die Folgekosten von Krankheiten, die durch eine ungesunde Ernährung mit verursacht werden, sind in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen. Wenn es der Ernährungspolitik gelingt, eine Trendwende dieser Entwicklung zu erreichen, kann sie entscheidend zur Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems und zur Steigerung von Lebensqualität und Leistungsfähigkeit beitragen.

Da Ernährungs- und Bewegungsverhalten bereits in der frühen Kindheit geprägt werden, sollte Prävention so früh wie möglich ansetzen. Bereits heute sind in Deutschland rund 2 Millionen Kinder und Jugendliche übergewichtig oder sogar fettleibig. Um zur Vorbeugung von Übergewicht bei Kindern Erfolg versprechende Wege entwickeln und erproben zu lassen, führt das BMELV den Ideenwettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen“ mit einem finanziellen Gesamtvolumen von über 15 Mio. € durch. Die Akteure in den 24 Regionen haben inzwischen mit den konkreten Projekten begonnen.

Ich begrüße es, dass die Plattform Ernährung und Bewegung bei diesem Wettbewerb eng mit dem BMELV zusammenarbeitet.

Unter dem Titel „Lebensfreude gewinnen – Besser essen, mehr bewegen“ hat das BMELV eine Ernährungspolitische Konzeption zur Vorbeugung von Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten entwickelt. Nach Abstimmung mit den betroffenen Bundesressorts soll sie zu einem **Nationalen Aktionsplan** ausgebaut werden. In diesen Aktionsplan werden auch die Wirtschaft sowie Länder und Kommunen eingebunden.

Zentrales Ziel des Bundesernährungsministeriums ist es, die Zunahme von Übergewicht bis 2010 zu stoppen und die Verbreitung von Übergewicht in Deutschland bis 2020 merklich zu verringern.

- X -

Ähnlich dem ländlichen Raum und den nachwachsenden Rohstoffen werden wir der gesunden Ernährung eine eigene Veranstaltung auf EU-Ebene widmen. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium werden wir vom **25.-27. Februar** eine **Konferenz zum Thema „Gesundheitliche Prävention Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“** ausrichten.

Ziel der Konferenz ist es, die politische Bedeutung gesundheitlicher Prävention zu unterstreichen, Lösungsmöglichkeiten zu erörtern und gemeinsame Empfehlungen zu entwickeln. Dabei stehen die Bereiche Ernährung und Bewegung im Vordergrund, weil sie einen maßgeblichen Einfluss auf einen gesundheitsförderlichen Lebensstil

haben und stark von den unterschiedlichsten Faktoren beeinflusst werden.

Um die Bedeutung des Themas für die nationale wie auch die EU-Ebene zu betonen, wird die Präventionskonferenz eingebettet in das Projekt "**Presidency-Baton – disease prevention and health promotion in the area of physical activity and nutrition**". Nach dem Prinzip der Staffelstabübergabe sollen die Diskussionen und Ergebnisse der „Badenweiler-Konferenz“ von den folgenden EU-Ratspräsidentschaften (Portugal und Slowenien) aufgegriffen und fortgeführt werden.

Meine Sehr verehrten Damen und Herren,

Eine EU-Präsidentschaft bedeutet in erster Linie, Verantwortung zu tragen für die gesamte EU. Gerade von einem großen Mitgliedstaat wird unter diesem Gesichtspunkt viel erwartet.

Wir wollen diesen Erwartungen gerecht werden, indem wir eine vertrauensbildende und glaubwürdige Präsidentschaft führen. Wir nehmen die Bedenken eines jeden einzelnen Mitgliedstaates ernst. Gute Lösungen sollten immer das europäische Gesamtinteresse im Auge haben, und nicht in den Kategorien „Sieger und Verlierer“ bewertet werden!

Insofern bauen wir auch auf eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen und dem BLL in den kommenden fünf Monaten – und natürlich darüber hinaus.

Lassen Sie uns gemeinsam die deutsche Präsidentschaft zu einem Erfolg führen - für ganz Europa!